

UWG

→ Unabhängige Wählergemeinschaft Schmallenberg

direkt

1/95 BÜRGERBRIEF DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT SCHMALLEMBERG E. V.

Die UWG Schmallenberg beginnt mit Sachpolitik!

Schon kurz nach der Wahl - gestärkt vom hervorragenden Ergebnis - gingen die 4 Ratsdamen (übrigens die einzigen Frauen im Rat) und 8 Herren der UWG daran, u.a. eine Prioritätenliste der Aktivitäten zu erarbeiten.

Alles mußte aus eigener Kraft erfolgen, Erfahrungen gab es ja nicht. Einige „alte Hasen“ der anderen Parteien „ermunterten“ das UWG-Team mit Sprüchen wie „Politische Amateure“ oder legten listig einige Steine in den Weg, die dann auch noch umgangen werden mußten. Aber sind waren alle gefaßt gewesen.



*Die UWG-Ratsmitglieder auf einen Blick von links nach rechts:
Christoph Schmidt, Norbert Röhrig-Plenz, Roswitha Müller, Peter Walach, Stefan Wiese, Uschi Müller-Krächter, Günter Schütte, Mechthild Schauerte, Ulrike Pott-Hutter, Franz-Otto Ax, Ulrich Henke, H. Josef Silberg*

Die neue Situation mußte geklärt werden. Wer wird Bürgermeister? Was muß in einer Fraktionsgeschäftsordnung enthalten sein? Die Handhabung der neuen Gemeindeordnung. Überarbeitung der Hauptsatzung, der Zuständigkeitsordnung und der Geschäftsordnung, auch im Hinblick darauf, neue Bezirksausschüsse zu installieren und deren Kompetenzen zu erweitern. Darüberhinaus wurden seit Anfang Januar mehrere Ratsvorlagen auf den Weg gebracht:

„Der Rat der Stadt möge beschließen:

1. Verkehrsberuhigung Fleckenberger Straße (Übernahme/Bürgerantrag)

- 2. Fußgängerüberweg Bahnhofstr./Lake**
- 3. Erneute Beratung des Bebauungsplanes Graftschafter Str. III**
- 4. Verkehrsberuhigung „Unterm Werth“ (Übernahme/Bürgerantrag)**
- 5. Teilw. Rückbau Fahrbahnpflasterung Synagogenstr. zur Weststraße**
- 6. Verkehrsberuhigung „Wormbacher Berg“ (Übernahme/Bürgerantrag)**
- 7. Fußgängerüberweg „Mothmecke“ Fredeburg (Übernahme/Bürgerantrag)**
- 8. Fußgängerüberweg B 236 zum Kindergarten/Friedhof in Oberkirchen**
- 9. Verdoppelung des „Kinderfreibetrages“ bei Müll- und Abwassergebühren für Familien mit mehr als 2 Kindern**

Weitere Anträge sind in Vorbereitung.

Nur eins wurde im „Eifer der Geschäfte“ übersehen:
Die Öffentlichkeitsarbeit.

Durch die vielen Presseartikel der anderen kamen die UWG'ler mittlerweile in Verruf, daß durch ihre Schuld in der Stadt noch kein einziger Ausschuß tagen konnte. Und das, obwohl die UWG-Fraktion schon Anfang Januar alle für die Einrichtung der Ausschüsse notwendigen Anträge und Vorlagen erarbeitet hatte. Auch die Vorschlagslisten für die Besetzung der Gremien waren fertig.

Auf der letzten Mitgliederversammlung reagierten einige Mitglieder verständlicherweise sauer auf das in der Öffentlichkeit entstandene falsche Bild.

Um die Arbeit zukünftig auf mehrere Schultern zu verteilen, kandidierte bei den anschließenden Neuwahlen des UWG-Vorstandes keines der Stadtratsmitglieder.

Sie haben jetzt den Kopf freier und widmen derzeit ihre ganze Aufmerksamkeit den Haushaltsberatungen.

Die Information der Bürger wird der neue UWG-Vorstand übernehmen.

UWG Arbeitskreise sind aktiv

Die UWG arbeitet seit ihrer Gründung mit Arbeitsgruppen (AGr) in denen eine bedeutende Vorarbeit geleistet wird. Diese Arbeit wird intensiv weitergeführt. Es bestehen folgende AGr:

1. Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplatzsicherung
2. Verkehrsplanung und Stadtentwicklung
3. Kindergärten, Schulen, Soziales, Sport
4. Umwelt und Landschaft
5. Kultur

Jeder Bürger ist zu den Sitzungen herzlich willkommen.
Die Termine werden in der Tagespresse angekündigt. Auch die anderen Parteien denken über solche AGr nach und haben die Vorteile der bisherigen bürgernahen UWG-Arbeit erkannt.
Ein später Erfolg für die UWG!

ORTSVORSTEHER ODER BEZIRKSAUSSCHÜSSE?

Grundsätzlich befürwortet die UWG die Einrichtung von Bezirksausschüssen. Einerseits finden die verschiedenen Interessensgruppen im jeweiligen Stadtbezirk mehrere Ansprechpartner für ihre Belange. Beim Ortsvorsteher ist dieses nicht immer gewährleistet. Andererseits ermöglicht es die neue Gemeindeordnung, deutlich mehr politische Entscheidungen vor Ort zu treffen.

Jeder Bezirksausschuß **entscheidet** über

- **Unterhaltung und Ausstattung von Schulen und öffentlichen Einrichtungen (Sportplätze, Friedhöfe, Büchereien, Spielplätze, Kindergärten u.a.)**
- **Angelegenheiten der Ortsbildpflege /Denkmalschutz**
- **Festlegung der Reihenfolge bei Arbeiten zum Um- /Ausbau bzw. Unterhaltung von Straßen/Wegen**
- **Unterstützung örtlicher Vereine/Verbände/Initiativen**
- **Heimat- Brauchtumpflege, kulturelle Angelegenh.**
- **Information/Repräsentation in Ortsangelegenheiten**

Für alle diese Aufgaben können den Bezirksausschüssen Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Neben diesen Entscheidungsaufgaben wirken die Bezirksausschüsse **beratend** und empfehlend vor der Beschlußfassung im Rat mit, soweit Belange ihres Bezirkes wesentlich berührt werden.

Sie werden informiert und gehört zu allen wichtigen Angelegenheiten, insbesondere bei

- **Bauleitplanung/Verkehrspläne für den jeweil. Bezirk**
- **Planung/Errichtung/Auflösung von öffentlichen Einrichtungen**
- **Beratung der Haushaltssatzung**
- **Stadtentwicklungsplanung**
- **Schutz von Landschaftsteilen/Naturdenkmälern**
- **Forstwirtschaftspläne**
- **Verpachtungen bezirklicher Bedeutung**

Die bisherigen Aufgaben des Ortsvorstehers, wie z.B. Beurkundungen, Viehzählungen und andere laufende Geschäfte der Stadtverwaltung, können ebenfalls den Bezirksausschußmitgliedern übertragen werden.

ENTWICKLUNG DER ABWASSERGEBÜHREN

**9-10 DM pro Kubikmeter im Jahre 2000?
Eigenbetrieb Abwasser schon jetzt ca.15 Mio.
DM Schulden.**

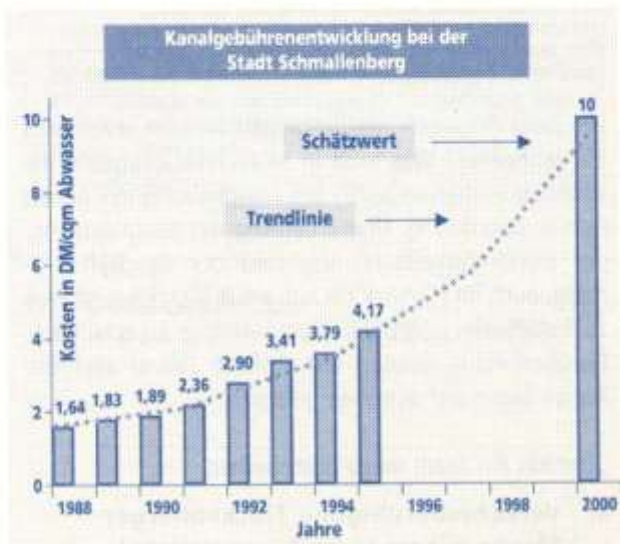
In vielen Städten und Gemeinden liegt der Beitragssatz für Abwasser schon heute bei 6-8 DM/cbm (Vgl. Stadt Bad Münstereifel). Da hört sich der jetzige Beitragssatz der Stadt Schmallenberg mit DM 4,17 für den Volleinleiter noch sehr wenig an.

Wohin tendieren die Beiträge für Abwasser unserer Stadt?

Die untenstehende Grafik zeigt die Entwicklung der Kanalbenutzungsgebühren ab dem Jahr 1988 (DM 1,64) bis zur jetzigen Gebühr in Höhe von DM 4,17. Für das Jahr 2000 wurde ein Schätzwert dargestellt, der die Verhältnisse in Schmallenberg berücksichtigt. Ab 1.1.95 besteht der Eigenbetrieb Abwasser, der vom Haushalt der Stadt abgekoppelt worden ist. Fast 15 Mio DM Schulden der Stadt sind somit auf den Eigenbetrieb verlagert worden. Das entspricht ca. DM 550/Einwohner. Damit sank das Schuldenkonto der Stadt auf ca. 220 DM/Einwohner.

In den nächsten Jahren muß weiterhin mit Neuinvestitionen in zweistelliger Millionenhöhe für das Kanalnetz gerechnet werden. Dies bedeutet weiter steigende Schulden und damit höhere Kanalbeiträge. Zudem sind an den Ruhrverband immer höhere Gebühren zu zahlen.

Ob die Preisspirale im Jahre 2000 die 10 DM-Grenze erreicht ist nicht sicher, aber fest steht, daß die Abwasserbeiträge weiter steigen werden, denn Abwassergebühren sind politisch und nicht kostenorientiert.



KEINE ANGST VOR DER REGENWASSERABGABE!

In letzter Zeit wird viel über eine Neuordnung der Kanalbenutzergebühren, und die Einführung einer Regenwasserabgabe gesprochen. Was bedeutet das für den einzelnen Bürger? Das Niederschlagswasser fließt fast überall von den Dächern und befestigten Flächen in den Abwasserkanal und verursacht damit Kosten. Diese sind bisher pauschal in den Kanalgebühren enthalten. Ab 1996 soll nun das Regenwasser nach dem Verursacherprinzip berechnet werden. Wie in vielen anderen Städten und Gemeinden schon üblich wird über eine Regenwasserabgabe nachgedacht, die sich daran orientiert, wieviel Regenwasser vom Privatgrundstück in den Kanal geleitet wird. Dabei könnten die Dach- und sonstigen befestigten Flächen als Beitragsgrundlage herangezogen werden. Der jetzige Kanalbeitrag würde sich dann aufteilen:

1. für Schmutzwasser (DM/Kubikmeter) und
2. für Niederschlagswasser (DM/Quadratmeter anrechenbarer Fläche).

Unbelastetes Regenwasser könnte auf den Grundstücken versickert und dem Grundwasser zugeführt werden.

Die neue Regenwasserabgabe allein bedeutet also keine Kostenerhöhung für den einzelnen Haushalt. Die Kanalgebühr wird nur gerechter aufgeteilt. Auch bereits in diesem Jahr sparen diejenigen Geld, die z. B. nur an einem Schmutzwasserkanal angeschlossen sind. Ihr Beitrag wird auf DM 3,87/cbm festgesetzt gegenüber Volleinleitern, die DM 4,17/cbm Wasser zu zahlen haben.

Schon jetzt ist es möglich, unbelastetes Regenwasser versickern zu lassen. Damit wird auch etwas für die Umwelt getan. Zum Beispiel soll im Neubaugebiet Grafshaffer Str. III zum ersten mal ein Schmutzwasserkanal ohne Regenwasseranschluß realisiert werden.

In diesem Artikel kann sicherlich nicht die ganze Problematik erläutert werden. Weitere Auskünfte erteilen Ihnen von der UWG:

Herbert Berls, Niederberndorf, Tel. (0 29 71) 8 67 94
Gilbert Förtsch, Fredeburg, Tel. (0 29 74) 64 77.

WIRD DAS KANALNETZ PRIVATISIERT?

Die VEW hat den Fuß schon in der Tür!

In der Stadt Schmallingenberg wird darüber nachgedacht, neben dem „Eigenbetrieb Abwasser“, der zum 1. 1. 95

gegründet wurde, eine zweite Abwassergesellschaft ins Leben zu rufen. Das Ziel dieser neuen Gesellschaft, namentlich „Ruhrwasserwirtschafts GmbH“, ist der Bau von neuen Abwasserkanälen.

Als Gesellschafter treten der Ruhrverband, die Stadt Schmallingenberg und eventuell die VEW auf. Konkret will man zunächst das Henne - Rartal anschließen. Es sollen weiterhin bestehende kleine Kläranlagen aufgegeben - und diese an große Kläranlagen angeschlossen werden. Die Stadt wird damit gelockt, daß sie durch den Wegfall von Übergabepunkten Kosten spart.

Bedenken kommen auf, wenn man dieses Modell weiterdenkt. Die VEW wird aufgrund finanzieller Stärke Ihren Anteil in der „Ruhrwasserwirtschafts GmbH“ weiter ausbauen. Früher oder später übernimmt sie die gesamte Abwasserentsorgung im Stadtgebiet. Das bedeutet totale Abhängigkeit von der VEW - in Strom, Gas, Müll - und Abwasserentsorgung- beängstigend!

Die UWG ist gegen die Gründung der „Ruhrwasserwirtschafts GmbH“; denn ein privater Betreiber will neben der Kostendeckung Gewinn erzielen- und diese Mehrbelastung wird vom Bürger bezahlt. Bleibt zu hoffen, daß die Stadt den Interessen der Bürger Vorrang gibt - **vor dem Gewinnstreben einzelner Konzerne!**



Bereits in Betrieb befindliche Pflanzenkläranlage für einen Haushalt in Selmecke bei Kircharbach

ERHÖHUNG DES SITZUNGSGELDES

Einer der ersten Beschlüsse des neuen Rates war die Erhöhung des Sitzungsgeldes bzw. der Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder.

Sie bekommen jetzt 277 DM im Monat und 29 DM pro Sitzung. Hierdurch konnte der Eindruck entstehen, als habe der neue Rat nichts Besseres zu tun gehabt, als sich selbst zu bedienen. In Wirklichkeit war die Höhe der Beträge durch die neue Gemeindeordnung ab Okt. 1994 (durch die Landesregierung) festgelegt.

MEHR MUT ZUR DIREKTEN DEMOKRATIE

Die Ratsfraktion der UWG kann auf die Zuarbeit der Bürger nicht verzichten!

Denn über die allgemeine Willensbekundung der Wahl hinaus, hat jeder Bürger das Recht, in der kommunalen Selbstverwaltung mitzuarbeiten.

Die existierenden Arbeitsgruppen der UWG sind inhaltlich an den Arbeitsausschüssen des Rates orientiert und mit engagierten Bürgern besetzt, die sich bemühen, Probleme in unserer Stadt unmittelbar zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Der mündige und am Gemeinwohl interessierte Bürger kann am ehesten die Schwierigkeiten in den jeweiligen öffentlichen Bereichen (...) aufzeigen und sich mit kreativer Unterstützung die politischen Gremien unserer Demokratie (Bezirksausschuß, Arbeitsausschuß des Rates, Rat) zu Nutze machen.

Die unmittelbar Betroffenen sehen Probleme schärfer, können ihre Bedürfnisse formulieren und an Problemlösungen mitarbeiten.

Das erklärte Ziel der UWG ist ein konstruktiver Dialog zwischen kommunaler Selbstverwaltung und dem Bürger. Die UWG will keine Politik ohne Bürger (Bevormundung), sondern Politik mit dem Bürger (direkte Demokratie/Selbstbestimmung)!

Jeder, der Interesse an Mitarbeit hat, kann sich bei den jeweiligen Gruppensprechern informieren und jederzeit in die Arbeit einsteigen.

ÜBER POLITISCHE KULTUR

Wenn über längere Zeit hinweg eine Partei mit absoluter Mehrheit die politischen Geschicke bestimmen kann, bildet sich ein Filz. Es entstehen Zusammenhänge, die nicht sachorientiert oder strukturell nachvollziehbar sind; es entstehen bizarre Verbindungen.

In den Jahren der absoluten Mehrheit der CDU in Schmallenberg hat sich das Verhältnis zwischen Rat und Verwaltung nicht so entwickelt, wie es allgemein zu erwarten gewesen wäre. Um der Ehre der Repräsentation willen, ließen es sich manche Ratsmitglieder gefallen, als Abstimmungsmarionette an den Ratssitzungen teilzunehmen.

Die Initiative hatte die Verwaltung übernommen. Und mit der den Verwaltungen eigenen Phantasielosigkeit wurde Kommunalpolitik betrieben. Preußisch.

UWG DIREKT, Februar '95
Herausgeber: Unabhängige Wählergemeinschaft Schmallenberg e.V.
V.i.S.d.P.: G. Schneider, Dr. W. Müller, G. Förtsch, J. Meyer, U. Klein, Markus Schulte-Göbel

Das Bild einer ungepflegten demokratischen Kultur zeigt sich in den Ratssitzungen. Von daher läßt sich die UWG gerne mangelnde kommunalpolitische Erfahrung vorwerfen, denn die Ratsmitglieder der UWG wollen nicht diesen rhetorischen Truthahn tanzen, diesen ritualisierten Schaukampf der als Politiker dilettierenden Männer; sie weigern sich einfach, dieses eingefahrene Aneinandervorbeireden zu praktizieren, mit dem ein demokratischer, parlamentarischer Prozeß imitiert werden soll.

Die UWG meint es ernst mit demokratischen Prozessen, mit offener Diskussion, Transparenz und Bürgerbeteiligung.

Was schließlich die Einrichtung von Bezirksausschüssen anbelangt:

Parlamentarische Strukturen sind eine Selbstverständlichkeit in einem demokratischen Gemeinwesen.

VERSCHIEDENES:

UWG-Fraktion Bürgersprechstunden

Unser neues Fraktionszimmer im Rathaus (Neubau, 1. Etage, Zimmer 119) ist donnerstags in der Zeit von 17.00 bis 19.00 Uhr besetzt.

Wir freuen uns über jeden Besuch. Bitte benutzen Sie den Behinderteneingang. Natürlich können Sie uns in dieser Zeit auch telefonisch erreichen und zwar unter der Nummer 02972/980-464.

Wir nehmen dann gerne Ihre Anregungen und Kritik entgegen.

Rücktritt vom Mandat

Frau Ursula Mönig, Leiterin des städtischen Kindergartens in Wormbach, gab kurz nach ihrer Wahl das Mandat zurück. Wegen zu befürchtender Interessenskollisionen sollten Kommunalbedienstete nicht gleichzeitig Ratsmitglieder sein. Frau Mönig und die UWG bedauern, daß dieses im Vorfeld nicht geklärt wurde.

Für die freundliche Ermunterung den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und die finanzielle Unterstützung zum Erscheinen des „UWG-direkt“ Blattes, danken wir allen Spendern recht herzlich.

Ihr UWG-Team

UWG-Meckerecke

Anregungen, Tips, Kritik...

An die UWG-Fraktion, z.H. U. Hutter, Rathaus, 57392 Schmallenberg